

Grußwort

Ruth Stachorra (Leipzig)

Sehr geehrte Mitglieder der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft,
sehr geehrte Anwesende, liebe Frau Ludwig,

die Louise-Otto-Peters-Tage sind eine relativ junge, dafür aber um so wichtigere Tradition hier in Leipzig. Es ist der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft zu danken, dass sie diesen Gedenktag - heute ist es der 8. - immer wieder mit so hohem fachlichen Anspruch gestaltet. Nicht zuletzt deshalb erfreuen sich diese Veranstaltungen nationaler und internationaler Beachtung.

Ich möchte Ihnen die herzlichsten Grüße des Landesfrauenrates Sachsen überbringen. Dieser Verband vereinigt 33 Vereine und Verbände unter seinem Dach und will die Einheit in dieser Vielfalt zum Ausdruck bringen.

Frauenpolitisches Engagement hat viele Facetten. Ein Netz zu knüpfen und diese Facetten in ein gemeinsames Ganzes für die Frauen einzubringen - das ist unser Ziel. Die Fachkompetenz der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft haben wir schon mehrfach in unseren Rundbriefen genutzt. Insofern wären wir natürlich sehr froh, wenn wir auch die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft als unser Mitglied begrüßen könnten, denn nur, wer sich die Geschichte erschließt, kann die Zukunft gestalten.

Die Forderungen von Louise Otto-Peters - nach dem Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit oder beispielsweise ihre Forderung an die Sächsische Regierung, bei der Organisation der Arbeit die Frauen nicht zu vergessen - haben heute wieder eine erstaunliche Aktualität. Leider!

Seit 1990 ist die Zahl der berufstätigen Frauen im erwerbsfähigem Alter hier in Sachsen massiv zurückgegangen. Der Zahl nach sind das 879.300. Im April 1991 waren es noch rund 1,06 Mio. Der tiefste Stand wurde im April 1993 mit 800.000 berufstätigen Frauen verzeichnet. Das ist ein Rückgang von 22 %.

20 % der Frauen sind arbeitslos gemeldet, das ist ein Anteil von 52,5 % an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Sachsen. Diese Entwicklung zeigt, dass in Zeiten, wo die Arbeit knapp wird, die Frauen die ersten sind, die arbeitslos werden, und offenbar auch die letzten, die wieder Arbeit bekommen.

Doch in den alten Bundesländern boomt inzwischen die Wirtschaft. Der Arbeitsmarkt bei verschiedenen Berufen ist leergefegt. Anstatt aber nun den Frauen bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bieten, um ihre gute Ausbildung wieder nutzbar zu machen, reden alle ausschließlich von Greencards, einem notwendigen Einwanderungsgesetz u. ä.

Im Gegenteil, die Kindertageseinrichtungen sollten für das kommende Jahr hier in Sachsen derart finanziell beschnitten werden, dass gestiegene Elternbeiträge und verkürzte Öffnungszeiten den Familien kaum noch die Möglichkeit eingeräumt hätten, dass beide Eltern berufstätig sein können.

Erfreulich war ein starkes Bündnis der Gewerkschaften, der Familienverbände und vieler Mitgliedsvereinigungen unseres Dachverbandes sowie der Oppositionsparteien gegen die Haushaltskürzungen.

Ein Aktionstag und 160.000 Unterschriften zwangen zur Rücknahme der Verschlechterungen für die Kinderbetreuung. Ein gutes Beispiel für die enorme Wirkung eines Aktionsbündnisses!

Ein positiver Schritt in die richtige Richtung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist der zur Zeit diskutierte Gesetzentwurf, der ein Recht auf Teilzeitarbeit vorsieht. Es könnten durch die Teilzeitarbeit, die von Frauen besonders während der Erziehung der Kinder zu DDR-Zeiten immer gewünscht wurde und auch heute noch wird, mehr Menschen in den Arbeitsprozess integriert werden.

Verbunden mit dem frauenpolitischen Aspekt der Rentenreform, der bei Teilzeitarbeit die Aufstockung der Rente von Erziehenden während der ersten 10 Lebensjahre eines Kindes um 50 % vorsieht, könnten diese Regelungen dazu führen, dass Frauen oder Männer ihre Berufstätigkeit nur kurze Zeit wegen der Geburt eines Kindes unterbrechen. Das hätte den Vorteil, dass es keine „Wiedereinstiegsproblematik“ gibt, weil die Erziehenden ihre Qualifikation bei kurzen Pausen nicht verlieren. Den Erziehenden bliebe andererseits die Freiheit, durch verkürzte Arbeitszeit mehr Zeit für die Familie haben zu können, was sich inzwischen auch viele Männer wünschen, ohne dafür im Alter mit Niedrigrenten bestraft zu werden.

Voraussetzung hierfür sind aber eben nicht nur das Recht auf Teilzeitarbeit und verbesserte Rentenansprüche, sondern in erster Linie eine qualitativ gute und den Arbeitszeiten angepasste Kinderbetreuung.

Der heutige Abend ist der Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, Henriette Goldschmidt, einer Mitstreiterin von Louise-Otto-Peters gewidmet, deren Geburtstag sich gestern zum 175. Male jährte. Henriette Goldschmidt ist bekannt als die Begründerin von Volkskindergärten und eines Kindergärtnerinnenseminars. Im Laufe des Abends werden wir also noch mehr über diese Thematik erfahren.

Da der Louise-Otto-Peters-Tag immer in der Tradition von Chancengleichheit und Frauenrechten steht, möchte ich noch auf die neueste Entwicklung, das *Gender Mainstreaming*, eingehen. Gender Mainstreaming meint eine Strategie, die Anliegen und Erfahrungen von Frauen ebenso wie die von Männern in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung politischer Maßnahmen selbstverständlich einbezieht.

Die Idee dazu wurde bereits 1985 auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi geboren. Die Initialzündung für die Umsetzung dieser Politstrategie ging jedoch erst 10 Jahre später von der Pekinger Weltfrauenkonferenz aus. Mit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages besteht nunmehr auch eine gesetzliche Verpflichtung für die Mitgliedsstaaten zur Umsetzung des Gender Mainstreaming.

Da leider nach wie vor meist nur das interessiert, wo finanzielle Mittel zu bekommen sind, möchte ich noch auf eine geschickte Koppelung von Fördergeldern der EU an Geschlechtergerechtigkeit hinweisen. Das Gender Mainstreaming wird dadurch, weil an Finanzen gekoppelt, zu einer realen Strategie für die Chancengleichheit auch hier in Deutschland.

Das Neue an Gender Mainstreaming ist, dass es Top - Down funktioniert. Alle Maßnahmen sollen bereits bei der Planung bezüglich ihrer (unterschiedlichen) Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht werden. Damit sind die einzelnen Ressorts aller Verwaltungsebenen gehalten, diese Strategie zu beachten. Die tatsächliche Umsetzung ist noch in den Anfängen. Dieser gleichstellungspolitische Check - verbunden mit einer routinemäßigen Bewertung geschlechtstypischer Auswirkungen von Maßnahmen - kann und muss von uns Frauen genutzt werden, um in bezug auf die Verwirklichung unserer Rechte ein gutes Stück voranzukommen.²

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen interessante Tage - ganz im Geiste von Louise-Otto-Peters - hier in Leipzig.

² zur Problematisierung des Gender Mainstreaming s. Beitrag Kuhrig in diesem Band S. 103f; U. Schlegel